

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

| | |
|--------------|--------------------------------|
| Suchabfrage | 24.04.2024 |
| Thema | Keine Einschränkung |
| Schlagworte | Keine Einschränkung |
| Akteure | Basel |
| Prozesstypen | Kantonale Politik |
| Datum | 01.01.1989 - 01.01.2019 |

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Benteli, Marianne
Ehrensperger, Elisabeth
Gerber, Marlène
Gökce, Melike
Mosimann, Andrea
Rohrer, Linda

Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Ehrensperger, Elisabeth; Gerber, Marlène; Gökce, Melike; Mosimann, Andrea; Rohrer, Linda 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Kantonale Politik, Basel, 1989 - 2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-----------------------------------|---|
| Allgemeine Chronik | 1 |
| Sozialpolitik | 1 |
| Gesundheit, Sozialhilfe, Sport | 1 |
| Sozialhilfe | 1 |
| Soziale Gruppen | 1 |
| Migrationspolitik | 1 |
| Frauen und Gleichstellungspolitik | 1 |
| Bildung, Kultur und Medien | 1 |
| Bildung und Forschung | 1 |
| Hochschulen | 1 |
| Kultur, Sprache, Kirchen | 2 |
| Kulturpolitik | 2 |
| Sprachen | 3 |

Abkürzungsverzeichnis

SUK Schweizerische Universitätenkonferenz

CUS Conférence universitaire suisse

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Sozialhilfe

KANTONALE POLITIK
DATUM: 23.01.2008
LINDA ROHRER

Immer mehr Städte verschärften die Kontrollen im Kampf gegen den **Sozialhilfemissbrauch**. So beispielsweise die Städte Basel, Bern und Zürich. In Zürich erhärtete sich in zwei Dritteln der von den Sozialinspektoren untersuchten verdächtigen Fälle der Verdacht auf Sozialhilfe-Missbrauch. Die Stadtzürcher Sozialinspektoren hatten ihre Arbeit im Jahr 2007 aufgenommen. In der Mehrheit der entdeckten Fälle deklarierten die Sozialhilfeempfangenden die Nebeneinkünfte oder ihre Autos nicht. Aber auch durch falsche Angaben zur Haushaltsgrösse oder nicht angegebene Vermögenswerte wurde zu viel Sozialhilfe eingefordert.¹

Soziale Gruppen

Migrationspolitik

KANTONALE POLITIK
DATUM: 06.03.1997
MARIANNE BENTELI

Als Schweizer Premiere beschloss die Regierung des Kantons **Basel-Stadt**, eine 21 Personen starke **Kommission für Integrations- und Migrationsfragen** einzusetzen sowie die Stelle eines Delegierten für diese beiden Fragenkomplexe zu schaffen. In erster Linie sollen die Experten die Diskussion grundsätzlicher Probleme sowie das Erarbeiten von Grundlagen für politische Entscheide angehen.²

KANTONALE POLITIK
DATUM: 09.09.1999
MARIANNE BENTELI

Nur gerade drei Wochen später trat die Stadt **Zürich** mit einem **Integrationsbericht** an die Öffentlichkeit. Ihre „Massnahmen für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt“ betreffen die Bereiche Spracherwerb, Schule, Arbeit, Zusammenleben im Quartier und Sicherheit. Geplant sind zudem eine Sensibilisierungskampagne und ein Fonds für Integrationsideen. Den Neuzuzüglern sollen vermehrt Sprach- und Integrationskurse angeboten werden, wobei Zürich beim Bund ein Obligatorium beantragen will. Zwei Tage danach stellte **Basel-Stadt** ein ähnliches **Integrationsleitbild** vor.³

Frauen und Gleichstellungspolitik

KANTONALE POLITIK
DATUM: 31.12.1997
MARIANNE BENTELI

Dem Umstand, dass rund 90% der Gewalttaten von Männern verübt werden, was zu enormen Kosten für die Öffentlichkeit führt, wollte eine Grossratmotion im Kanton **Basel-Stadt** mit einer **Gewaltsteuer für Männer** Rechnung tragen. Die Motion, die auch von Männern mitunterzeichnet wurde, geriet im Rat von allen Seiten unter Beschuss und wurde schliesslich mit 80 zu 22 Stimmen gebodigt. Nicht einmal die SP und die Grünen mochten sich geschlossen hinter das Begehren stellen.⁴

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Hochschulen

KANTONALE POLITIK
DATUM: 15.08.2003
ELISABETH EHRENSPERGER

In Basel wurde der Aufbau eines **ETH-Instituts für Systembiologie** geplant – mit Federführung bei der ETH Zürich, welcher das neue Grossinstitut später auch als Departement angegliedert werden soll. Ein Entscheid der SUK über ein entsprechendes vom Kanton Basel-Stadt eingereichtes Subventionsgesuch war noch hängig. Die beiden Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land hatten im Sommer des Berichtsjahres ihren jeweiligen Parlamenten je 10 Mio Fr. als Anschubfinanzierung für die Aufbauphase des Instituts beantragt. Insgesamt werden 80 Mio Fr. für den Aufbau zwischen 2004 und 2007 benötigt. Ab 2008 soll dann das Institut auf die Basis eines von Bund und Drittmitteln finanzierten jährlichen Budgetvolumens von 40 Mio Fr. gestellt werden. Alle im Bereich der Life-Sciences engagierten Hochschulen waren eingeladen, sich an dem Institut für Systembiologie zu beteiligen.⁵

KANTONALE POLITIK
DATUM: 08.06.2009
ANDREA MOSIMANN

Im Sommer wurde die Eröffnung des **ETH-Departements für Biosysteme** in Basel gefeiert. Im Zentrum der Forschung steht in Basel die synthetische Biologie, welche das Ziel verfolgt, Systeme mit bestimmten erwünschten Eigenschaften bis hin zur Zelle herzustellen. Ab Herbst 2010 sollen Studierende auch einen Teil des Biotechnologiestudiums im neuen Departement absolvieren.⁶

Kultur, Sprache, Kirchen

Kulturpolitik

KANTONALE POLITIK
DATUM: 06.11.1989
MARIANNE BENTELI

Eine Untersuchung, welche die Stadt Lausanne 1988 in Auftrag, gegeben hatte, bot einen interessanten Überblick über die **Kulturausgaben der grossen Schweizer Städte**. In Prozenten der allgemeinen Gemeindeausgaben gemessen lag so 1987 Genf mit 17.4 Prozent deutlich an der Spitze, gefolgt von Luzern (6%), Basel (5.8%), St. Gallen (4.9%), Zürich (3.3%) und – ex aequo – Bern und Lausanne (3.2%). Umgerechnet auf aufgewendete Franken pro Kopf der Bevölkerung zeigten sich Basel und Genf besonders kulturfreundlich (CHF 740.1 bzw. CHF 550.6), während Luzern (CHF 257.4), Zürich (CHF 231.2), Lausanne (CHF 196.5), St. Gallen (CHF 184.4) und Bern (CHF 177.6) deutlich zurücklagen.⁷

KANTONALE POLITIK
DATUM: 07.06.1993
MARIANNE BENTELI

Sowohl der Basler Grosse Rat wie die Gemeinde Riehen sicherten dem geplanten **Beyeler-Museum** ihre Unterstützung zu. Die Sammlung des Galeristen Ernst Beyeler gilt mit ihren rund 160 Werken als eine der weltweit besten Kollektionen moderner Kunst.⁸

KANTONALE POLITIK
DATUM: 20.12.1996
MARIANNE BENTELI

Sie einigten sich zudem auf einen **neuen Abgeltungsmodus für die kulturelle Zentrumsfunktion der Stadt Basel**. Nachdem die Regierung von Basel-Land kurzfristig die Erhebung einer Sondersteuer zugunsten des darbedenden Basler Theaterbetriebs in Erwägung gezogen hatte, beschloss sie, auf die alte Idee des Kulturprozents zu setzen, wodurch die kulturellen Institutionen von Basel-Stadt mit einer Verdoppelung der bisherigen Leistung auf CHF 7 bis 8 Mio. rechnen können.⁹

KANTONALE POLITIK
DATUM: 07.04.2000
MARIANNE BENTELI

In Basel wurde Anfang April der Grundstein für ein neues Schauspielhaus gelegt. Dem Neubau, der voraussichtlich 2002 bezugsbereit sein wird, waren **jahrzehntelange Debatten um den Standort und mehrere Debakel bei der Finanzierung** vorangegangen. 1998 fällte die Kantonsregierung den definitiven Beschluss, wollte sich aber an den auf CHF 21 Mio. geschätzten Baukosten nur mit CHF 11,5 Mio. beteiligen. Angestiftet von einer in der Öffentlichkeit nicht genannten Privatfrau brachten ebenfalls anonym bleiben wollende Spenderinnen (später unterstützt von Spendern, Firmen und Institutionen) rund CHF 13,5 Mio. auf, die in die zu diesem Zweck gegründete Stiftung «Ladies First» flossen und dem neuen Schauspielhaus zur Verfügung gestellt werden.¹⁰

KANTONALE POLITIK
DATUM: 18.01.2002
MARIANNE BENTELI

In Basel wurde Ende **Januar das neue Schauspielhaus eingeweiht**. Die Finanzierung des CHF 29 Mio. teuren Neubaus war erst möglich geworden, nachdem 1998 anonym bleiben wollende Frauen CHF 7,3 Mio. zur Verfügung gestellt hatten. Viele weitere Spender waren ihrem Beispiel gefolgt und hatten schliesslich mehr als CHF 20 Mio. aufgebracht.¹¹

KANTONALE POLITIK
DATUM: 11.08.2014
MARLÈNE GERBER

Sprachen

Rund ein Drittel der 60'000 Rätoromanen leben nicht mehr im Kanton Graubünden. Seit Beginn des Schuljahres 14/15 bieten die Städte Basel und Zürich **Romanischunterricht als Wahlfach** an, um Schulkindern mit rätoromanischen Wurzeln Sprache und Kultur ihres Heimatkantons näher zu bringen.¹²

KANTONALE POLITIK
DATUM: 09.08.2015
MELIKE GÖKCE

Nachdem das Pilotprojekt für das vergangene Schuljahr 2014/2015 in den Städten Basel und Zürich grosse Erfolge verbuchen konnte, haben die Schüler und Schülerinnen auch in diesem Schuljahr wieder die Möglichkeit, den **Romanischunterricht als Wahlfach** zu belegen. Der Unterrichtsfokus in den Basler Schulen liege hierbei primär auf der gesprochenen Sprache und ist – aufgrund der vielseitigen Stufenvertretung von Erst- bis zu Siebtklassenkindern – gezielt spielerisch ausgerichtet.¹³

1) SoZ, 20.1.08; Presse vom 23.1.2008

2) BaZ, 6.3.97. Für analoge Bestrebungen in der Stadt Bern siehe SPJ 1996, S. 271.

3) BaZ, 11.9.99.; NZZ und TA, 9.9.99.

4) NLZ, 2.7.97.

5) BaZ, 14.2., 13.8., 6.10. und 12.11.03; NZZ, 5.12.03.; Presse vom 15.08.03

6) NZZ, 8.6.09.

7) 24 Heures, 5.9.89; Bund, 6.11.89.; Cunha (Hg., 1989). Culture et économie à Lausanne. Essai d'évaluation de l'impact économique des principales institutions culturelles.

8) BaZ, 13.2., 31.3., 29.5. und 7.6.93.

9) NLZ, 1.7.96; BaZ, 21.2., 9.3., 29.5., 18.6., 27.6., 3.7., 6.7., 23.8., 6.12., 20.12.96

10) BaZ, 7.4.00.

11) BaZ, 17.1., 18.1., 21.1. und 6.2.02

12) SO, 26.10.14

13) SO, 9.8.15; BLZ, 28.8.15